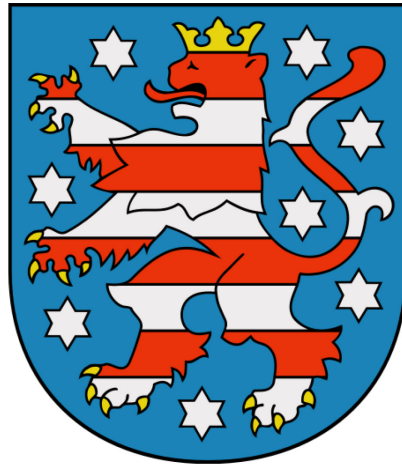


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Heimat Thüringen

Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORs 2018

– Zusammenfassung –

Prof. Dr. Marion Reiser (wissenschaftliche Leitung)

Prof. Dr. Heinrich Best (wissenschaftliche Leitung)

Dr. Axel Salheiser

Dr. Lars Vogel

Friedrich-Schiller-Universität Jena
KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration

Zusammenfassung des THÜRINGEN-MONITORs 2018

Der THÜRINGEN-MONITOR 2018 setzt die Langzeitstudie zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen fort, die seit dem Jahr 2000 jährlich die Entwicklung der Demokratiezufriedenheit, der Demokratieunterstützung und der politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung untersucht. Die von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebene Untersuchung basiert auf einer repräsentativen telefonischen Befragung von 1.057 wahlberechtigten Thüringer_innen, die zwischen dem 1. Juni und dem 7. Juli 2018 durchgeführt wurde.

Der Kontext: Anhaltend positive wirtschaftliche Entwicklung – aber große demographische Herausforderungen

Für das diesjährige Schwerpunktthema „Heimat“ stellt die wirtschaftliche und soziodemographische Entwicklung im Freistaat einen wichtigen Interpretationsrahmen dar. In wirtschaftlicher Hinsicht hat sich auch im Jahr 2017 die positive Entwicklung in Thüringen fortgesetzt, die sich u.a. in einem moderaten Wirtschaftswachstum, einem gestiegenen Lohnniveau, einem Sinken der Pro-Kopf-Verschuldung und einem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit ausdrückt. Thüringen bleibt beim Bruttoinlandsprodukt gemeinsam mit Sachsen an der Spitze der ostdeutschen Bundesländer, die Arbeitslosigkeit ist geringer als in den anderen vier ostdeutschen Bundesländern. Diese objektiven Wirtschaftsindikatoren korrespondieren mit der subjektiven Wahrnehmung der Mehrheit der Befragten, die die wirtschaftliche Lage Thüringens und auch ihre eigene finanzielle Situation weiterhin positiv beurteilt. Doch die Spitzenposition des Freistaats im Ostländervergleich wird von vielen Thüringer_innen selbst nicht wahrgenommen, da eine stabile Mehrheit glaubt, dass es Thüringen wirtschaftlich nicht besser geht als anderen ostdeutschen Bundesländern. Wie die langen Reihen der amtlichen Statistik zeigen, hat sich die *Differenz* zwischen Thüringen und den ostdeutschen Bundesländern einerseits und den westdeutschen Bundesländern andererseits weder beim Bruttoinlandsprodukt, bei den Bruttolöhnen und -gehältern noch bei den verfügbaren Einkommen seit den 1990er Jahren spürbar verringert. Daher sind zumindest mittelfristig keine gleichen Lebensbedingungen in Ost und West zu erwarten. Zwar glauben 67 Prozent der Befragten des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORs, „Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen“, frühere Spitzenwerte (2012: 75 Prozent) werden jedoch nicht mehr erreicht.

Infolge des anhaltenden Geburtendefizites und der negativen Wanderungsbilanz in den letzten Jahrzehnten lebten zum Jahresende 2017 nur noch 2,154 Millionen Menschen im Freistaat. Der seit Anfang der 1990er Jahre anhaltende Trend des Bevölkerungsrückgangs wurde auch nicht durch den Zuzug Geflüchteter und Asylsuchender ab 2015 gestoppt, zumal die Zahl von Asylerstanträgen 2017 und im ersten Halbjahr 2018 weiterhin rückläufig war. Insgesamt hat sich zwar der Anteil der Personen mit ausländischer

Staatsbürgerschaft in Thüringen seit Beginn des Jahrzehnts deutlich erhöht, er liegt aber mit 4,7 Prozent im bundesweiten Vergleich nach wie vor auf einem niedrigen Niveau. Thüringen weist also eine sehr große ethnische Homogenität auf. Der Frage, welche Konsequenzen das für die Bereitschaft der Befragten hat, sich gegenüber „Fremden“ und „Fremdem“ zu öffnen, wird mit einigen Befunden zu unserem diesjährigen Schwerpunktthema nachgegangen.

„Heimat“: Lebenswirklichkeit, die Bindungen und Zusammenhalt stiftet

„Heimat“ hat eine lange Karriere als ein politisch aufgeladener Begriff, der zuletzt unter dem Eindruck kontroverser öffentlicher Debatten über gesellschaftlichen Zusammenhalt ein aktuelles Kapitel hinzugefügt wurde. Diese Debatten kreisen auch um die Frage, wie auf den Veränderungsdruck der Globalisierung, insbesondere den Druck der Fluchtmigration, angemessen zu reagieren sei. Der Heimatbegriff signalisiert Vertrautheit, Zugehörigkeit und Selbstgewissheit, doch schwingen bei ihm auch Ausgrenzung, Rückzug und trotziges Beharren mit. Für unsere Thüringer Befragten ist „Heimat“ allerdings kein Problem, sondern eine fast durchweg positiv bewertete Grundtatsache des Lebens, vor allem *ihres* Zusammenlebens mit Anderen. Mit ganz wenigen Ausnahmen wissen fast alle eine Antwort, wenn wir sie offen danach fragen, was „Heimat“ allgemein oder was konkret ihre „Heimat“ sei. Dies sind meist bestimmte Orte oder Regionen, häufig aber auch unbestimmte „Sehnsuchtsorte“, die in aller Regel Bezüge zum sozialen Umfeld oder der Lebensgeschichte der Befragten haben, wobei „Familie“ und „Freunde“ als Ankerpunkte in den Antwortmustern deutlich hervortreten.

Für 96 Prozent (!) unserer Befragten ist Heimat eher oder sehr *wichtig*, was über dem Anteilswert von 77 Prozent der Befragten liegt, die in einer deutschlandweiten Allensbach-Befragung angaben, mit ihrer Heimat stark oder sehr stark *verbunden* zu sein. Die eigene Migrationsgeschichte hat einen erheblichen Einfluss auf die Art und Stärke der Bindung an die Heimat. Hier ist es wichtig, dass unsere Thüringer Befragten für eine regional eingewurzelte Bevölkerung stehen: 80 Prozent sind eingesessene Thüringer_innen, 93 Prozent im Osten Deutschlands aufgewachsen. Eine solche Lebenssituation stärkt regionale Bindungen, vertieft die Verwurzelung in lebensweltliche Bezüge und fördert die Identifikation mit den sozialen Gemeinschaften, die im Umfeld leben. Dies zeigt sich auch in unseren Daten. Eine relative Mehrheit von 46 Prozent unserer Befragten fühlt sich in erster Linie als Thüringer_innen – ein Wert, der sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten kaum verändert hat und anzeigt, wie nachhaltig wichtig die Bindungen an den Freistaat und an die in ihm lebenden Menschen sind. Diese Bindungen sind aber nicht exklusiv. Wenn wir nach der *Stärke* der Verbundenheit fragen, dann offenbaren große Mehrheiten von 87 bis 93 Prozent unserer Befragten Gefühle der Verbundenheit mit allen Bezugsebenen vom Heimatort bis zur Nation. Diese Bindungen sind über alle Ebenen positiv miteinander verknüpft. Das heißt: *Bindungen schaffen Bindungen*. Dies ist ein wirkungsmächtiger, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkender Sachver-

halt. Es ist wichtig, dass durch diese Integrationskette auch die europäische Ebene erreicht wird: Eine stärkere Bindung an Deutschland und selbst noch an den Heimatort stärkt auch die Bindung an Europa! Zwar fühlen sich insgesamt „nur“ 68 Prozent der Befragten Europa „ziemlich“ oder „sehr“ verbunden, doch ist dieser Wert gegenüber 2012, als er bei 46 Prozent lag, massiv angestiegen. Dies ist im Hinblick auf Verbundenheit die einzige markante Veränderung zwischen beiden Befragungswellen und ein Hinweis darauf, dass die hohe Sozialintegration der Thüringer Bevölkerung, die wir in unseren Daten erkennen, nicht zu einer Binnenorientierung führen muss.

Auf der anderen Seite nehmen aber auch Tendenzen der Ausgrenzung und Ressentiments gegen „Fremde“ mit Gefühlen der Heimatverbundenheit zu. Je wichtiger den Befragten die Heimat ist und je stärker sie sich Thüringen verbunden fühlen, desto höher legen sie die Hürden vor die Aufnahme in die Gemeinschaft der Thüringer_innen. Die Forderungen nach Ausschließung Zugezogener von Rechten, die die Ansässigen genießen, nach Rückkehr von Geflüchteten und Asylsuchenden nach Ende von Krieg und Verfolgung und dass „Ausländer“ unter ihresgleichen heiraten sollen, sowie die Zustimmung zu der Aussage, dass Thüringen „in gefährlichem Maß überfremdet“ sei, nehmen in dem Maß zu, je mehr Zugangskriterien die Befragten für eine Aufnahme in die Gemeinschaft der Thüringer_innen gelten lassen wollen. Heimatverbundenheit, Vorstellungen von einer exklusiven Gemeinschaft der Ansässigen und Ausgrenzung von „Fremden“ bilden also einen Zusammenhang.

Doch auch hier gibt es Ambivalenzen und innere Widersprüche, die wir ja immer wieder im THÜRINGEN-MONITOR erkannt haben. Sie zeigen sich u.a. in den Modellen, mit denen wir die Bedingungsfaktoren für das Einstellungssyndrom „Rechtsextremismus“ und seine Facetten Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus identifiziert haben. Deutlich wird hier, dass ein exklusives Verständnis Thüringer Identität, das hohe und viele Hürden der Zugehörigkeit aufbaut, einen signifikanten Verstärker von Rechtsextremismus und seinen Facetten bildet. Die Stärke der Identifikation mit Thüringen und der eigenen Gemeinde hat dagegen in variierenden Konstellationen eine *dämpfende Wirkung*. Das gleiche gilt – nun mit deutlich stärkeren Effekten – für die Identifikation mit Europa. Befragte, die sich stärker mit Deutschland identifizieren, neigen wiederum in höheren Maß dazu, rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Positionen zu unterstützen. Dieser komplexe Befund deutet an, dass eine gute eigene Integration in lokale und regionale Lebenswelten durchaus kompatibel, ja sogar förderlich für eine Offenheit gegenüber „Fremden“ sein kann. Voraussetzung ist aber, dass „Heimat“ nicht als sozial exklusiver Raum wahrgenommen wird und die Hürden für den Zutritt für Außenstehende niedrig gehalten werden.

Hohe Zufriedenheit mit Struktur- und Lebensbedingungen, aber Unterschiede zwischen den Städten und dem ländlichen Raum

Da Heimat für viele der befragten Thüringer_innen nicht nur ein Gefühlswert ist, sondern von ihnen konkret mit ihrer Lebenswelt gleichgesetzt wird („...dort, wo ich mich

wohlfühle...“), sind die wahrgenommenen Struktur- und Lebensbedingungen in ihrer Umgebung und die Zufriedenheit mit Aspekten ihrer Wohngegend von hoher Relevanz. Eine sehr große Mehrheit der Befragten schätzt die Lebensbedingungen in ihrer Umgebung in den Bereichen Bildung, Freizeit und Kultur als sehr gut oder gut ein. Die Berufsaussichten werden zwar seltener, aber mit einem Anteil von 59 Prozent dennoch von der Mehrheit der Befragten positiv bewertet. Mit einer im Vergleich zu 2013 insgesamt besseren Bewertung der Lebensbedingungen hat sich auch eine Angleichung zwischen den Thüringer Regionen vollzogen. Allerdings zeigen sich Effekte sozialräumlicher Differenzierung, da Bewohner_innen von Plattenbausiedlungen am Rand oder im Vorort einer Stadt die Bedingungen in ihrer Umgebung signifikant schlechter beurteilen als Befragte, die in einem Dorf, in einer Innenstadt oder in einer Einfamilienhaussiedlung am Rand einer Stadt wohnen. Befragte aus Plattenbausiedlungen sind außerdem häufiger depriviert und verspüren häufiger Statusverlustangst als andere Befragte. Somit zeigen die Befunde des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS Anzeichen für Prozesse sozialer Segregation, d.h. einer Entmischung der Wohnbevölkerung und einer Konzentration von Einwohner_innen mit bestimmten sozialen Lagen in bestimmten Quartieren.

Insgesamt schätzen mehr als drei Viertel der Befragten die Zukunft ihrer Region als positiv ein. Eine positive Zukunftsprognose für die Region hängt dabei vor allem mit einer positiveren Bewertung der Bildungsangebote und der Berufsaussichten zusammen. Auch die allgemeine Lebenszufriedenheit der Befragten im THÜRINGEN-MONITOR 2018 hat sich gegenüber dem Vorjahr noch einmal signifikant erhöht. So stimmen drei von fünf Befragten der Aussage „Ich bin mit meinem Leben insgesamt zufrieden“ voll und ganz zu, ein weiteres Drittel der Befragten stimmt überwiegend zu und lediglich vier Prozent scheinen unzufrieden zu sein.

Die Verbundenheit zur „Heimat Thüringen“ drückt sich auch darin aus, dass sich fast vier Fünftel der Befragten sicher sind, im Freistaat zu bleiben – dieser Anteil hat sich gegenüber früheren THÜRINGEN-MONITOREN signifikant erhöht. Nur drei Prozent aller Befragten sind davon überzeugt, dass sie Thüringen verlassen werden, weitere vier Prozent äußern eine Tendenz zum Fortzug. Dabei wird die Fortzugsneigung durch eine negative Prognose für die Region verstärkt sowie durch eine geringe Verbundenheit mit der Region und dem Wohnort. Häufiger zur Abwanderung tendieren außerdem Auszubildende bzw. Studierende.

Die befragten Thüringer_innen sind insgesamt überwiegend sehr bzw. ziemlich zufrieden mit den Infrastruktur- und sozialen Einrichtungen sowie der öffentlichen Sicherheit in ihrer Wohngegend. Dabei sind sie mit der öffentlichen Sicherheit, den Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen sowie mit den Einkaufsmöglichkeiten am zufriedensten, während sie durchschnittlich mit dem öffentlichen Nahverkehr und der Versorgung mit Ärzten am unzufriedensten sind. Insbesondere hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Infrastruktur beobachten wir jedoch markante Unterschiede je nach der Gemeindegröße des Wohnortes. Hier zeigt sich, dass v.a. Befragte aus Dörfern und Kleinstädten mit bis zu 5.000 Einwohner_innen unzufrieden mit dem öffentlichen Nahverkehr, den Einkaufsmöglichkeiten, dem Internetzugang sowie der Erreichbarkeit

von Behörden sind. Da Thüringen ein hauptsächlich dörflich bis kleinstädtisch geprägtes Bundesland ist, sollte eine Infrastrukturentwicklung, die auf eine Angleichung der Lebensverhältnisse in Thüringen abzielt, vor allem jene Disparitäten zwischen dem ländlichen Raum und den Städten in den Blick nehmen.

Der Anteil von Befragten, die Kriminalitätsfurcht äußern, ist mit 16 Prozent wieder etwas geringer als 2017 (22 Prozent). Je unzufriedener Befragte mit der öffentlichen Sicherheit in ihrer Wohngegend sind, desto stärker empfinden sie Kriminalitätsfurcht. Auch Befragte, die stärkere Statusverlustängste als andere haben, tendieren gleichzeitig zu höherer Kriminalitätsfurcht. Auffällig in diesem Zusammenhang ist, dass die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit nur relativ geringfügig mit der Ortsgröße variiert – und gar nicht mit der (städtischen) Wohnlage der Befragten. Befragte aus Plattenbausiedlungen fühlen sich allerdings etwas stärker von Kriminalität bedroht als Befragte in anderen Wohnlagen.

Große Mehrheit der Thüringer Bevölkerung befürwortet ökologische Nachhaltigkeit

Ein wichtiger Aspekt von dem, was Heimat ausmacht, sind die Naturräume und seine Landschaften, die vom Menschen in unterschiedlicher Weise gestaltet und genutzt werden. Die Nutzung natürlicher Ressourcen (z.B. für die Land- und Forstwirtschaft oder zur Energiegewinnung) und die Raumnutzung (z.B. durch den Bau von Siedlungen, Industrieanlagen, Gewerbegebieten und Verkehrswegen) können in unterschiedlichem Maße invasiv sein und sich damit nicht zuletzt auch auf das gesundheitliche und emotionale Wohlempfinden der Bewohner_innen sowie auf ihre ästhetische Wahrnehmung auswirken. Daher sind die Einstellungen der Thüringer_innen zur ökologischen Nachhaltigkeit wichtig. Grundsätzlich spricht sich eine deutliche Mehrheit der befragten Thüringer_innen für ökologische Nachhaltigkeit aus: So stimmen drei Viertel der Befragten der Aussage zu, dass die Umwelt nur gerettet werden kann, wenn wir alle weniger konsumieren. Knapp 60 Prozent sprechen sich dafür aus, auf das eigene Auto zu verzichten und stärker öffentliche Verkehrsmittel oder Carsharing zu nutzen. Dabei ist die Bereitschaft, auf das eigene Auto zu verzichten, umso größer, je höher die Zufriedenheit mit dem öffentlichen Nahverkehr in der Wohngegend ist. Nur eine kleine Minderheit (zehn Prozent) würde dem Wirtschaftswachstum zulasten der Umwelt Vorrang geben. Landschaftsverändernde Maßnahmen, die mit der „Energiewende“ verbunden werden, treffen auf unterschiedliche Akzeptanz in der Thüringer Bevölkerung: 71 Prozent der Befragten würden im Zuge einer klimafreundlichen Energiepolitik den Bau einer großflächigen Solaranlage „in ihrer näheren Umgebung“ befürworten, 51 Prozent Windräder, aber nur 32 Prozent eine Hochspannungsleitung. Hochspannungsleitungen haben dabei in Mittel- und Ostthüringen höhere Akzeptanzwerte als in Südwestthüringen, während Windräder in Nordthüringen geringfügig akzeptierter sind als in den anderen drei Thüringer Planungsregionen. Solaranlagen haben hingegen thüringenweit ähnliche Akzeptanzwerte.

Rückgang der Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis, weiter gestiegene Parteienkritik

Die Politik gestaltet die Rahmenbedingungen für das Leben der Menschen in Thüringen, sie ist aber auch selbst eine Rahmenbedingung und ein Faktor der Lebensqualität. Hier zeigt der THÜRINGEN-MONITOR differenzierte und z.T. widersprüchliche Einstellungsmuster, die verbreiteten Stereotypen widersprechen. Die Demokratie als Staatsidee hat nach wie vor eine sehr breite Unterstützung in der Thüringer Bevölkerung. Die abstrakte Demokratieunterstützung bleibt wie bereits im Vorjahr auch im Jahr 2018 mit einer Zustimmung von 86 Prozent auf einem Höchststand. Im Gegensatz hierzu ist die Zufriedenheit mit der „Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert“ deutlich von 65 auf 55 Prozent gesunken. Plausible Erklärungen für die gestiegene Unzufriedenheit sind die politischen Entwicklungen auf der Bundesebene wie die langwierige Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2017 und der „Asylstreit“ zum Zeitpunkt der Befragung. Dies bildet sich auch in einem deutlich gesunkenen Vertrauen in die Bundesregierung ab, das markant von 37 Prozent im Vorjahr auf 24 Prozent in diesem Jahr gefallen ist. In der Demokratieunzufriedenheit spiegelt sich nach den Befunden des THÜRINGEN-MONITORS eine deutliche Kritik an den Defekten des politischen Betriebs und der dort wahrgenommenen Abgehobenheit und Selbstbezüglichkeit der Eliten und politischen Parteien wider, die im Vergleich zu den Vorjahren nochmals angestiegen ist. Drei Viertel der Befragten fühlen sich und ihre Anliegen nicht mehr wirksam vertreten, ebenfalls drei Viertel der Befragten sind überzeugt, dass „Leute wie ich ... so oder so keinen Einfluss darauf [haben], was die Regierung tut.“ 80 Prozent der Befragten sind zudem der Ansicht, dass die Parteien nur die Stimmen der Wähler_innen wollen, während deren Interessen nicht beachtet werden.

Trotz dieser Elitenkritik und Politikverdrossenheit bleiben die Demokratiezufriedenheit und das Vertrauen in die Kerninstitutionen der staatlichen Ordnung unserer Demokratie bei den Befragten im Langzeitvergleich auf einem relativ hohen Niveau. Die Demokratiezufriedenheit erreicht trotz des Rückgangs um zehn (!) Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr immer noch den dritthöchsten Wert seit 2001. Nach wie vor ist eine Mehrheit der befragten Thüringer_innen (55 Prozent) mit der demokratischen Praxis zufrieden. Somit bietet sich – wie bereits in den THÜRINGEN-MONITOREN 2016 und 2017 – ein ambivalentes und in Teilen inkonsistentes Bild der Einstellungen der Thüringer_innen im Hinblick auf die Demokratie.

Ethnozentrische Einstellungen haben zugenommen – neo-national-sozialistische Einstellungen auf gleichbleibendem Niveau

Die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen zeigt sich im Vergleich zum Vorjahr mit rund 20 Prozent rechtsextrem eingestellter Befragter als unverändert. Der noch bis 2016 (!) konstatierte Rückgang rechtsextremer Einstellungen in diesem Jahrzehnt hat sich also nicht fortgesetzt, vielmehr ist eine Verfestigung zu beobachten. Auffällig ist dabei die tendenzielle Entkopplung der beiden Unterdimensionen Ethnozentrismus und Neo-

Nationalsozialismus: Die Zustimmung zu ethnozentrischen, d.h. fremdenfeindlichen und nationalistischen, Aussagen steigt weiter an und wird mittlerweile von 47 Prozent, also rund der Hälfte der Thüringer_innen geteilt. Die durchschnittliche Befürwortung neo-nationalsozialistischer Aussagen verbleibt hingegen mit acht Prozent auf niedrigem Niveau.

Die in dieser Entwicklung angedeutete flexible Verbindung zwischen ethnozentrischen Formen der Ausgrenzung und bestimmten (radikalen) politischen Ordnungsvorstellungen haben wir im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR explizit mit der Analyse der Beziehung zwischen rechtsextremen und (rechts-)populistischen Einstellungen adressiert. In den Einstellungen der Thüringer_innen vereinigt sich der bereits bekannte Ethnozentrismus mit Autoritarismus und Anti-Pluralismus, aber auch mit Antisemitismus und Sozialdarwinismus zu einem kohärenten Einstellungssyndrom. Das verbindende Element dieses erweiterten Ethnozentrismus ist die Idee homogener und (nur) auf dieser Basis sozial integrierbarer Gesellschaften, die in einem Wettbewerb und Hierarchieverhältnis zueinanderstehen. In diesem Einstellungssyndrom erkennen wir einen Kernbestandteil des Rechtspopulismus.

Die subjektive individuelle Benachteiligung, die Angst vor einem Statusverlust und die Wahrnehmung der kollektiven Benachteiligung der Ostdeutschen verstärken rechtsextreme und rechtspopulistische Einstellungen. Die wahrgenommene kollektive Benachteiligung der Heimatregion in Thüringen besitzt hingegen keinen Einfluss darauf. Des Weiteren wirken die Erfahrung, *persönlich* als Ostdeutscher benachteiligt worden zu sein, eine nach eigener Einschätzung prekäre Beschäftigungssituation sowie Arbeitslosigkeit *dämpfend* auf rechtsextreme Einstellungen bzw. einzelne Einstellungsfacetten. Ein niedriges Einkommen erhöht zwar leicht die Zustimmung zu neo-nationalsozialistischen Aussagen, hat jedoch keinen Einfluss auf den Ethnozentrismus und rechtsextreme Einstellungen insgesamt. In diesen Befunden deutet sich an, dass Menschen, die über geringe sozioökonomische Ressourcen verfügen oder bestimmte individuelle Benachteiligungen erfahren haben, nicht zwangsläufig dafür prädestiniert sind, „sozialstaatsnativistische“, chauvinistische oder rassistische Abwehr- und Ausgrenzungsstrategien zu unterstützen, sondern dass sie sich u.U. sogar stärker als sozioökonomisch Bessergestellte mit anderen Marginalisierten solidarisieren können. Die Vermutung, Ethnozentrismus und politischer Extremismus seien vor allem „Unterschichten“-Phänomene, erweist sich damit einmal mehr als „klassistischer“ Mythos. Wichtige Erklärungsfaktoren für rechtsextreme Einstellungen bleiben jedoch Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung, was u.a. auf die starke *kulturelle* Verankerung von Ideologien der Ungleichwertigkeit hindeutet.

Negative Einstellungen gegenüber Asyl, Migration und ethnischer Diversität sind weit verbreitet

Die weiterhin sehr kontrovers geführten deutschlandweiten Debatten um Asyl und Migration und die starke Fokussierung auf dieses Themenfeld im vergangenen Jahr haben

sich auch auf die Einstellungen der Thüringer_innen ausgewirkt. Ein zentraler Befund der THÜRINGEN-MONITORE 2016 und 2017 waren die „gemischten Gefühle“ in der Bevölkerung, d.h. die Verbindung von positiven und negativen Urteilen zur Asylpolitik. Im THÜRINGEN-MONITOR 2018 zeigt sich allerdings eine generell erhöhte Skepsis und eine Zunahme ablehnender Einstellungen gegenüber Asylsuchenden. 58 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu: „Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.“ (2017: 54 Prozent). Mit 74 Prozent denken nun fast drei Viertel der Befragten, dass alle Geflüchteten und Asylsuchenden nach Krieg und Verfolgung wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren sollten (2016: 66 Prozent). Mehrheitlich werden den Asylsuchenden die Eigenschaften abgesprochen, die einen dauerhaften Zuzug begünstigen würden: 64 Prozent der Befragten glauben nicht, dass „die meisten“ Geflüchteten und Asylsuchenden aufgrund ihrer Kultur in Deutschland integrierbar sind (2016: 58 Prozent).

In diesem Jahr ist auch eine Wiederzunahme migrant_innenfeindlicher Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung festzustellen. So stimmen 58 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass die Bundesrepublik „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ sei. 36 Prozent denken dies auch für Thüringen, was einen deutlichen Anstieg um 13 Prozentpunkte seit 2016 markiert. Nur noch 50 Prozent der Befragten schätzen das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und Kulturen in Thüringen als positiv ein. 2012 waren es noch 68 Prozent.

Umstritten ist bei den Thüringer_innen auch, inwieweit der aufgrund des demographischen Wandels bestehende Fachkräftebedarf durch Arbeitskräfte aus dem Ausland gedeckt werden soll. Eine Mehrheit von 54 Prozent der Befragten des THÜRINGEN-MONITORS 2018 spricht sich für eine gezielte Anwerbung aus, acht Prozent machen die Anwerbung von der Berufsgruppe abhängig und 39 Prozent lehnen eine Anwerbung grundsätzlich ab. Insbesondere sprechen sich jene Befragtengruppen dagegen aus, die vermutlich verstärkte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch ausländische Arbeitskräfte antizipieren – z.B. 70 Prozent der Arbeitslosen. Zudem lehnen fremdenfeindlich eingestellte Befragte die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland signifikant häufiger ab.

Des Weiteren beobachten wir die Verhärtung anti-muslimischer Ressentiments in der Thüringer Bevölkerung, in denen sich eine große kulturelle Distanz ausdrückt. Mit 63 Prozent würden sich mehr Befragte als 2012 und 2016 von einem Moscheebau in der Nachbarschaft gestört fühlen. Immerhin ein Drittel der Befragten fühlt sich von kopftuchtragenden Muslimas in der Öffentlichkeit gestört. Außerdem ist ein leichter Anstieg der Zustimmung zu antisemitischen Aussagen zu konstatieren, nämlich solchen, die eine Ausnutzung der „Opferrolle der Juden“ unterstellen (sekundärer Antisemitismus, 26 Prozent Zustimmung) und solchen, die die „Politik Israels“ negativ mit „den Juden“ verknüpfen (34 Prozent Zustimmung). Gleichzeitig ist allerdings ein leichter Rückgang der Zustimmung zur primär-antisemitischen Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ von 14 auf nunmehr neun Prozent festzustellen.

Wahrgenommene Benachteiligung – Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Insgesamt befindet sich die Zustimmung zu vorurteilsgeleiteten bzw. abwertenden Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Gruppen auf einem bedenklichen Niveau. Hier ist erkennbar, dass Diversität von wesentlichen Teilen der Bevölkerung als konfliktreich und problembehaftet wahrgenommen wird. Es besteht ein Spannungsverhältnis zum *gesellschaftlichen Zusammenhalt*, dessen Stärkung allerdings eine zentrale Forderung gegenüber der Politik ist, an der offenbar auch die Leistungsfähigkeit der Demokratie bemessen wird. Noch größere Anteile der Befragten als in den Vorjahren erkennen eine Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland (76 Prozent) und sprechen sich dafür aus, dass „wieder mehr für die Mehrheit der Leute in unserem Land getan werden (sollte), als sich um Minderheiten zu kümmern“ (68 Prozent). Eine Herabsetzung der Ostdeutschen als „Menschen zweiter Klasse“ durch Westdeutsche erkennen immer noch 44 Prozent der Befragten. 32 Prozent geben an, selbst schon mindestens einmal wegen ihrer ostdeutschen Herkunft benachteiligt worden zu sein. 17 Prozent sagen bis heute, dass für sie persönlich alles in allem eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen. 23 Prozent beurteilen ihre eigene finanzielle Situation als eher schlecht oder sehr schlecht. 39 (!) Prozent der Befragten äußern die Sorge, „durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“; dieser Anteilswert ist seit 2013 nicht mehr signifikant gesunken. Dies alles sind Symptome einer Gesellschaft, in der trotz eines hohen allgemeinen Zufriedenheitsniveaus Gerechtigkeitsdefizite wahrgenommen werden und in der Bedürfnisse nach (materieller) Sicherheit und (ideellem) Zusammenhalt unbefriedigt bleiben. In Verbindung mit der ausgeprägten Kritik an der Performanz des politischen Systems und an den Parteien sowie der Verbreitung ethnozentrischer und integrations skeptischer Einstellungen in der Bevölkerung zeichnen sich hier erhebliche Herausforderungen für die politische Kultur im Freistaat ab. Dem Anspruch, eine gute Heimat für alle zu sein, die hier leben, kann Thüringen nur gerecht werden, indem gesellschaftliche Teilhabe und Inklusion wirklich *umfassend* realisiert werden.

Prof. Dr. Marion Reiser
Prof. Dr. Heinrich Best

Notizen

Der vollständige THÜRINGEN-MONITOR 2018 kann auf der Website der **Thüringer Staatskanzlei** als PDF-Dokument heruntergeladen werden:

<http://www.thueringen.de/th1/tsk/landesregierung/thueringenmonitor/index.aspx>

Friedrich-Schiller-Universität Jena
KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration
Humboldtstr. 11, 07743 Jena

<http://www.komrex.uni-jena.de>

http://www.soziologie.uni-jena.de/thueringen_monitor.html

